
Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945

Zusammenfassung

Mit seinem Aufruf vom 11. Juni 1945 beanspruchte das Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gegenüber den Sozialdemokraten und den "bürgerlichen" Parteien die politische Führungsrolle im Nachkriegsdeutschland. In Anlehnung an das Konzept der "antifaschistischen Volksfront" forderte das ZK soziale Reformen und eine demokratische Erneuerung. Dagegen wurde das Wort "Sozialismus" bewusst vermieden. Das geschah nicht zuletzt, um die Ziele der gesamtdeutschen Politik nicht zu gefährden, an der Josef W. Stalin 1945 noch festhielt. Mit der Durchsetzung einer kommunistischen Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ab 1947 büßte der Aufruf aber schließlich vollends seine unmittelbare politische Wirksamkeit ein.

Einführung

Der Beginn erschien als demokratischer Aufbruch. Mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945, der zwei Tage später in der ersten Ausgabe des Zentralorgans der KPD, der "Deutschen Volkszeitung" veröffentlicht wurde, bekannte sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei (ZK) zu den Zielen, die Reste der nationalsozialistischen Diktatur zu beseitigen und eine parlamentarische Republik zu errichten. Überdies waren grundlegende Freiheitsrechte zu sichern und die Selbstverwaltung wiederherzustellen. Nicht zuletzt sollten eine umfassende Bodenreform durchgeführt und die Arbeitsbedingungen der "Werkstätigen" verbessert werden.

Dagegen verzichtete die KPD-Führung auf die Forderung nach der Durchsetzung des "Sozialismus" oder sogar der "Diktatur des Proletariats" nach sowjetischem Vorbild. Vielmehr sollte die Ankündigung einer "antifaschistisch"-demokratischen Neuordnung ebenso wie das offene Bekenntnis zu eigenen Fehlern der kommunistischen Führung (und damit zugleich der sowjetischen Politik) auch in Westdeutschland eine beträchtliche Resonanz sichern. Dem gleichen Ziel dienten der Appell an den Willen zum Neuaufbau und der Versuch, die Verantwortung für die Verbrechen, die im "Dritten Reich" begangen worden waren, auf die führenden Nationalsozialisten und ihre "aktiven Anhänger und Helfer" abzuschieben.

Insgesamt schienen die Spitzenfunktionäre der KPD mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 die "Volksfront"-Konzeption zu prolongieren, die sie auf ihrer "Brüsseler" Konferenz im Oktober 1935 verabschiedet und in der Resolution zur "Berner" Konferenz (Januar/Februar 1939) noch entschiedener vertreten hatten. In ihrem Moskauer Exil waren von der KPD-Führung unter dem Vorsitzenden Wilhelm Pieck 1944/45 – vor allem in dem "Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie" – schließlich einzelne Maßnahmen zur Demokratisierung, Sozialreform und Entnazifizierung formuliert worden.

Nach den "Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet" vom 5. April 1945 hatten führende

"Genossen" der KPD vor allem die Ernährung zu sichern, neue kommunale Selbstverwaltungsorgane einzusetzen und eine "antifaschistische" Neuorientierung herbeizuführen. Die Durchsetzung dieser Ziele oblag besonders den "Initiativgruppen" unter den kommunistischen Spitzenfunktionären Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka, die am 30. April 1945 in einem sowjetischen Flugzeug in der Nähe der brandenburgischen Stadt Calau gelandet waren. Bereits am 25. Mai 1945 hatte Georgi Dimitroff, der Leiter der Abteilung Internationale Information des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR, Pieck mitgeteilt, dass die sowjetische Besatzungsmacht beabsichtigte, die KPD wieder zuzulassen.

Am Sonntag, dem 3. Juni 1945 wurde Ackermann, der die "Initiativgruppe" in Sachsen leitete, von sowjetischen Offizieren unerwartet früh geweckt. Noch bevor der Morgen graute, brachte ihn ein sowjetisches Flugzeug von Dresden nach Berlin. Dort traf er auf Ulbricht und Sobottka, die zusammen mit ihm unverzüglich nach Moskau geflogen wurden. Hier erwarteten sie Pieck und Josef W. Stalin zu einem Gespräch, an dem am späten Nachmittag und Abend des 4. Juni auch die sowjetischen Partei- und Staatsfunktionäre Wjatscheslaw M. Molotow und Andrej Schdanow teilnahmen. Angesichts der bevorstehenden Wiederzulassung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sollten in dem Gespräch die Grundzüge der Politik im Nachkriegsdeutschland abgestimmt werden.

Stalin trat in der Unterredung nachdrücklich für die Etablierung einer parlamentarisch-demokratischen Republik ein, in der die "Arbeiterklasse" allerdings die politische Vorherrschaft ausüben sollte. Der sowjetische Diktator lehnte eine Übertragung des politischen Systems der Sowjetunion auf die SBZ aber explizit ab. Zudem verlangte er, zunächst die KPD zu festigen, während Ulbricht für eine schnelle Vereinigung der Partei mit den Sozialdemokraten eintrat. Jedoch forderte Stalin die deutschen Kommunisten auf, ohne Verzögerung eine Bodenreform anzukündigen, mit der die Macht der verhassten "Junker" gebrochen werden sollte. Abschließend beauftragten die sowjetischen und deutschen Spitzenfunktionäre Ackermann, das "antifaschistische" Programm der KPD unverzüglich in einem Manifest zu niederschreiben. Diese Wahl war keineswegs zufällig, denn unter den kommunistischen Spitzenfunktionären trat Ackermann am nachdrücklichsten für einen spezifisch "deutschen Weg" zum "Sozialismus" ein.

Noch in der Nacht vom 4. zum 5. Juni 1945 verfasste Ackermann den Aufruf, der den Führungsanspruch der deutschen Kommunisten gegenüber den sozialdemokratischen und "bürgerlichen" Politikern dokumentieren und den Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht auf die politische Entwicklung Deutschlands sichern sollte. Nachdem Ackermanns Entwurf am 5. Juni zunächst im Kreis der deutschen Kommunisten und am darauf folgenden Tag mit Dimitroff diskutiert worden war, erteilte Stalin am 7. Juni seine Zustimmung. Auch das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nahm den Text an. Noch in Moskau entschieden die deutschen Spitzenfunktionäre über die Zusammensetzung eines provisorischen Zentralkomitees, dessen Mitglieder den Aufruf unterzeichnen sollten. Franz Dahlem wurde erst am 10. Juni nachträglich auf die Liste genommen, da er als führender KPD-Funktionär zwar in das Konzentrationslager Mauthausen eingeliefert, 1939 aber beschuldigt worden war, gegen Weisungen der Moskauer Exilführung agiert zu haben.

Als die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) noch am 10. Juni 1945 die Gründung demokratischer Parteien zuließ, war die KPD umfassend vorbereitet. Der vorliegende Aufruf an das "schaffende[...] Volk in Stadt und Land" sollte den deutschen Kommunisten gegenüber der Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands (SPD, gegründet am 15. Juni 1945), der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU, gebildet am 26. Juni 1945) und der Liberal-Demokratischen Partei (LDPD, zugelassen am 10. Juli 1945) einen organisatorischen Vorsprung verschaffen. Allerdings war die massive und einseitige Unterstützung der KPD durch die sowjetische Besatzungsmacht für die stufenweise Durchsetzung des Herrschaftsmonopols der deutschen Kommunisten in der SBZ entscheidender.

Nach der Vereinigung mit der SPD, die weitgehend erzwungen werden musste, begann mit der Stalinisierung der Sozialistischen Einheitspartei (SED) 1947 die Durchsetzung der kommunistischen Diktatur. Zugleich wurde in den späten vierziger Jahren eine Zentralplanwirtschaft auf der Grundlage des Staats- und Kollektiveigentums errichtet. Mit dem Übergang zum "Aufbau des Sozialismus" in der DDR, den die SED-Führung schließlich auf ihrer 2. Parteikonferenz (9. – 12. Juli 1952) beschloss, war das Programm des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945 schließlich Makulatur.

Das Dokument ist unterschiedlich interpretiert worden. Vor 1989 galt der Aufruf in der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR als Ausdruck der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" (Benser, S. 314). Dieser Prozess habe aber mit der "Freisetzung der revolutionären Potenzen der Arbeiterklasse und der schöpferischen Kräfte der Werktätigen" (Benser, S. 323) letztlich auf die Errichtung der "Diktatur des Proletariats" gezielt.

Spiegelbildlich ging auch die westdeutsche Historiographie bis zu den siebziger Jahren von einem allmählichen, aber von den deutschen Kommunisten und der SMAD gezielt herbeigeführten Übergang zum Einparteienregime aus. Ebenso ist nach 1990 auf die "dynamische Komponente" des Bekenntnisses zur Demokratie verwiesen worden, die damit "nicht ein Ziel, sondern der Weg [...] zum Sozialismus" (Wettig, S. 159) gewesen sei. Diese Deutung legen einzelne Passagen in dem Aufruf des ZK vom 11. Juni 1945 nahe, die (nicht zuletzt sprachlich) auf die Zählebigkeit der revolutionären Radikalität in den Reihen der KPD verweisen. So verlangte ihre Führung pauschal die "Liquidierung des Großgrundbesitzes", und sie warnte vor einer Stärkung der "imperialistische[n] Reaktion". Überdies betrachtete das ZK die Geschichte Deutschlands zumindest seit 1918 als Bestätigung ihrer Programmatik, so dass sie ihren politischen Führungsanspruch für gerechtfertigt hielt.

Gegenüber dieser Interpretation, die den kommunistischen Herrschaftsanspruch akzentuiert, ist argumentiert worden, dass vor allem der Kalte Krieg die Etablierung der kommunistischen Diktatur in der DDR herbeigeführt habe. Obgleich teleologische Interpretationen zurückzuweisen sind, kann man in dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni aber allenfalls "demokratische Ansätze", nicht jedoch den Beginn einer "demokratischen Vorgeschichte der DDR" (Weber, S. 196) erkennen.

Arnd Bauerkämper

Quellen- und Literaturhinweise

Badstübner, R./Loth, W. (Hg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994.

Benser, G., Das Jahr 1945. Vom antifaschistischen Widerstand zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 28 (1980), S. 311-323.

Erlar, P./Laude, P. /Wilke, M. (Hg.), "Nach Hitler kommen wir." Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

Keiderling, G. (Hg.), "Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von den

Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993.

Keiderling, G., Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 257-296.

Laufer, J., "Genossen, wie ist das Gesamtbild? " Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juli 1945, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 355-371.

Laufer, J./Kynin, G.P. (Hg.), Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 2: 9. Mai 1941 bis 3. Oktober 1946, Berlin 2004.

Weber, H., Die Geschichte der DDR. Versuch einer vorläufigen Bilanz, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41 (1993), S. 195-203.

Wettig, G., Neue Aufschlüsse über Moskauer Planungen für die politisch-gesellschaftliche Ordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1995, S. 151-172.

Zank, W., Als Stalin Demokratie befahl, in: Die Zeit, Nr. 25, 16. Juni 1995, S. 42.

Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945

Schaffendes Volk in Stadt und Land!

Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite, ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete, Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren:

"Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns!"

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der totale Krieg Hitlers – das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten!

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen; denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Coventrierung und Ausradierung englischer Städte.

Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat.

Deutsche Arbeiter! Konnte es ein größeres Verbrechen als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?!

Und ungeheuerlich sind die Greuelthaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt, – so haben die Nazibanditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde.

Wäre gleiches mit gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch dir, schaffendes deutsches Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei gebracht.

Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: "Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!"

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die "Größe Deutschlands" sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des "Kampfes um Lebensraum" den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen

gutgedeckten Mittags- und Abendbrotisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend!

Schaffendes deutsches Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Aera deutscher Geschichte, heute, am Ende des "Dritten Reiches", wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir:

Keine Wiederholung der Fehler von 1918!

Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!

Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion.

Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion;

denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets reingehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1933 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1933 haben wir gewarnt:

"Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!"

Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen:

"Im Osten wie im Westen schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann – eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegsachse bedrohten und angegriffenen Völker."

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, da erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer:

"Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage

ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!"

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!

Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird.

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der *Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.*

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

1. *Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei.* Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.

2. *Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.* Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung. Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte

Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. *Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.* Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der "Lehre vom Lebensraum", über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

4. *Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.*

5. *Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung.* Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.

6. *Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher,* Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.

7. *Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.* Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.

8. *Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.) sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.*

9. *Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern.* Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

10. *Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen.*

Werktätige in Stadt und Land!

Das sind die ersten und dringendsten Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In

Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist

die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.

Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volk neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues würdiges Leben erstehen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Im Auftrage

Berlin, den 11. Juni 1945

Faksimile

Die 4 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands, 11. Juni 1945, Flugblatt, BArch RY 1/I 2/8/108, Bl. 36.

© Faksimile. Bundesarchiv Berlin.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0009_ant.pdf

Datum: 20. September 2011 um 23:20:09 Uhr CEST.

© BSB München
